

## **„Kriegshetze, Sabotage und Spionage“. Eine Analyse der antikirchlichen Argumentationslinien im SED-Pressorgan „Neues Deutschland“ während des „Aufbaus des Sozialismus“ 1952/53**

**Julia Danler**

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: Assoz. Prof. MMag. Dr. Andrea Brait

eingereicht im: WiSe 2021/22

Rubrik: Seminar-Arbeit

### **Abstract**

#### **“Warmongering, Sabotage, and Espionage”. An Analysis of Anti-Church Argumentation in the SED’s Official Press Organ “Neues Deutschland” During the “Building of Socialism” 1952/53**

The following paper depicts the anti-church arguments presented in the German Democratic Republic (GDR) press organ “Neues Deutschland” (“ND”) in the years 1952 and 1953. It will provide general information about the GDR’s church politics by examining 37 “ND” articles through a qualitative content analysis regarding the therein presented argumentation. As will be shown, various argumentative lines were used to promote anti-church ideas and defame religious institutions and dignitaries.

### **1. Einleitung**

„Schändlicher Missbrauch des christlichen Glaubens / ‚Junge Gemeinde‘ wird von den west-deutschen und amerikanischen Imperialisten dirigiert / Enthüllungen über die Verbindungsleute der ‚Jungen Gemeinde‘ im Westen / Ehemaliger Gestapo-Agent – als ‚Diakon‘ getarnter USA-Spion“<sup>1</sup>

---

1 *Junge Welt*, 1.4.1953, S. 1.

Unter diesen Schlagzeilen veröffentlichte die Freie Deutsche Jugend (FDJ) im April 1953 eine Sonderausgabe ihres Presseorgans „Junge Welt“, die sich allein dem Ziel widmete, die Junge Gemeinde, also evangelische Jugendgruppen innerhalb von Kirchengemeinden, mittels Hetzartikeln zu diffamieren. Diese Artikel stellten den Höhepunkt einer antikirchlichen Kampagne in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) dar, deren Ausgangspunkt die II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) im Juli 1952 mit der Verkündung des „Aufbaus des Sozialismus“ markierte. Mit dem von Moskau geforderten „Neuen Kurs“ in der DDR-Politik im Juni 1953 fand die offene Agitation gegen die Kirchen ein Ende.<sup>2</sup>

Diese in Anlehnung an die NS-Zeit häufig als „Kirchenkampf“ bezeichnete Phase anti-kirchlicher Politik ist Gegenstand zahlreicher Publikationen zum Verhältnis von Kirche und Staat in der frühen DDR. Weil in verschiedensten jüngeren wie älteren Arbeiten darauf referiert wird, sind hier v. a. die Arbeiten des Historikers Joachim Heise<sup>3</sup> erwähnenswert, der unter anderem zahlreiche Dokumente zur II. Parteikonferenz zur Verfügung stellte.<sup>4</sup> Wie Heise beleuchtete auch Horst Dähn die Kirchenpolitik der SED zumeist anhand von Beschlüssen des Politbüros oder des Zentralkomitees der DDR.<sup>5</sup> Auch die Perspektive der Betroffenen wurde bereits ausführlich aufgearbeitet, etwa in der mehrbändigen, kommentierten Edition der Protokolle des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).<sup>6</sup> In der jüngeren Historiografie veröffentlichte Andreas Stegmann eine anschauliche Übersicht zur Stellung der Kirche in der DDR.<sup>7</sup> Dass jedoch nicht nur hinter den verschlossenen Türen des Politbüros, sondern auch öffentlichkeitswirksam in der SED-Presse gegen die Kirchen Stellung bezogen wurde, fand im Diskurs zwar Erwähnung, wurde bisher aber nicht explizit zum Analysegegenstand gemacht.

Diesem Forschungsdesiderat nimmt sich die vorliegende Arbeit an. Da bestimmte politische Ansichten über das Medium Zeitung gezielt in den öffentlichen Diskurs gerückt werden können, wird der Frage nachgegangen, welche Argumentationslinien gegen Religion, die Kirchen, ihre Organisationen und Würdenträger im zentralen Presseorgan der SED, der Zeitung „Neues Deutschland“ („ND“), genutzt wurden und wie sich diese im Kontext der in der DDR verfassungsrechtlich garantierten Glaubens- und Gewissensfreiheit verorten lassen. Zur Beantwortung der Forschungsfrage wird ein Korpus von 37 Pressebeiträgen<sup>8</sup> des „ND“ aus dem Zeitraum zwischen dem 12. Juli 1952 (Ende der II.

2 Hermann Wentker, „Kirchenkampf“ in der DDR. Der Konflikt um die Junge Gemeinde 1950–1953, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 42 (1994), Heft 2, S. 95–127, hier S. 95.

3 Heise ist aufgrund seiner Tätigkeit beim Zentralkomitee der SED und seiner Funktion als stellvertretender Parteisekretär umstritten, dennoch erweisen sich seine Arbeiten als richtungsweisend für die Forschung zum Verhältnis von Staat und Kirche in der frühen DDR. Siehe dazu: Ulrich Schröter, Review: SED und Kirche, in: *Theologische Rundschau* 61 (1996), S. 465–471.

4 Frédéric Hartweg (Hrsg.), *SED und Kirche. Eine Dokumentation ihrer Beziehungen*, Bd. 1, bearbeitet von Joachim Heise, Neukirchen-Vluyn 1995.

5 Horst Dähn, *Konfrontation oder Kooperation? Das Verhältnis von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945–1980*, Opladen 1982; ders., *Die 2. Parteikonferenz der SED und die Kirchenpolitik der Partei (1952/53)*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* (2002), S. 55–83.

6 EKD – Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, *Die Protokolle des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland*, Bd. 7: 1953, bearbeitet von Dagmar Pöpping und Peter Beier, Göttingen 2009.

7 Andreas Stegmann, *Die Kirchen in der DDR. Von der sowjetischen Besatzung bis zur Friedlichen Revolution*, München 2021.

8 Die Korpusgenese wird in Kapitel 3.1 erläutert.

Parteikonferenz der SED) und dem 11. Juni 1953 (Verkündung des „Neuen Kurses“) hinsichtlich antikirchlicher Argumentationslinien einer qualitativen Inhaltsanalyse unterzogen. Obwohl die Wahl des Presseorgans „ND“ als Untersuchungsgegenstand aufgrund seiner Stellung als Regierungsblatt gut argumentiert werden kann, handelt es sich dennoch nur um einen selektiven Ausschnitt aus der DDR-Presselandschaft, der die Analyse in einem bearbeitbaren Rahmen halten sollte.

Den Ausführungen Robert Goeckels folgend, der die Stalinisierung bis 1953 in der DDR als vergleichsweise mild und das Beibehalten einer gewissen Autonomie der Kirchen nach 1953 als Resultat dieses milden Verlaufs betrachtet,<sup>9</sup> kann davon ausgegangen werden, dass Hetzartikel, wie die eingangs zitierten, die Ausnahme der medialen Agitation gegen die Kirchen bildeten und stattdessen moderatere Argumente überwogen. Dennoch lässt das auf der II. Parteikonferenz verkündete Ziel, „die Arbeiterklasse und die Masse der Werktätigen mit sozialistischem Bewußtsein zu füllen und zugleich den täglichen konsequenten Kampf gegen die bürgerlichen Ideologien zu führen“<sup>10</sup>, klare antikirchliche Positionierungen im „ND“ vermuten.

## 2. Religionskritik, -freiheit und -politik in der DDR

### 2.1 Das Verhältnis von Marxismus-Leninismus und Religion

„Die Religion ist [...] das Opium des Volkes.“<sup>11</sup> Mit diesen Worten legte Karl Marx den Grundstein für die sozialistische Religionskritik, die auch die DDR prägen sollte. Während Religion als Unterdrückungsmittel in den Händen der herrschenden Klasse und als Deckmantel für die kapitalistische Ausbeutung des Proletariats betrachtet wurde, diente der Atheismus des Marxismus-Leninismus „den fortschrittlichen Kräften als ideologische Waffe im Klassenkampf gegen den weltlichen und geistlichen Adel“<sup>12</sup>. Zudem galt die Religion als unwissenschaftlich, da ihre Glaubenssätze im Widerspruch zum dialektischen Materialismus standen, der mit dem Materiebegriff die marxistisch-leninistische Antwort auf die Frage nach dem Ursprung allen Seins lieferte.<sup>13</sup>

Dennoch erkannte schon die Administration der Sowjetischen Besatzungszone die Religionsgemeinschaften unter Berufung auf die Religionsfreiheit an.<sup>14</sup> Auch die SED präsentierte sich 1946 als tolerant gegenüber jeglicher religiöser Überzeugung und betonte das gemeinschaftliche Bekenntnis zum Sozialismus unabhängig von religiösen Zugehörigkeiten.<sup>15</sup> Diese Zugeständnisse waren jedoch eher als Strategie zum Gewinn

9 Robert Goeckel, *Die evangelische Kirche und die DDR. Konflikte, Gespräche, Vereinbarungen unter Ulbricht und Honecker*, Leipzig 1995, S. 66–67.

10 Beschluß der II. Parteikonferenz, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.), *Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*, Bd. IV, Berlin (Ost) 1954, S. 70–78, hier S. 78.

11 Karl Marx, *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie*. Einleitung, in: Institut für Marxismus-Leninismus (Hrsg.), *Marx-Engels-Werke (MEW)*, Bd. 1, Berlin (Ost) 1976, S. 378–391, hier S. 391.

12 Manfred Buhr/Alfred Kosing, *Atheismus*, in: dies. (Hrsg.), *Kleines Wörterbuch der Marxistisch-Leninistischen Philosophie*, Berlin (Ost) 1979<sup>a</sup>, S. 38.

13 Herbert Hörz, *Wissenschaftsphilosophie in der DDR. Versuch einer kritischen Betrachtung*, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 39 (1991), Heft 1, S. 59–70, hier S. 59.

14 Stegmann, *Kirchen*, S. 29.

15 Thomas Raabe, *SED-Staat und katholische Kirche. Politische Beziehungen 1949–1961*, Paderborn u. a. 1995, S. 24.

der Menschen für den Aufbau eines sozialistischen Staates zu verstehen, nicht als Überwindung der weltanschaulichen Unterschiede.<sup>16</sup> Der Glaube an eine „transzendente Wirklichkeit, von der der Mensch die erfahrbare Welt einschließlich seines eigenen Lebens beherrscht und gehalten weiß“, und der Marxismus-Leninismus als „eine in sich hermetisch geschlossene Weltanschauung mit Wahrheitsmonopol“<sup>17</sup> blieben im Grunde unvereinbar.

Nichtsdestotrotz nutzte der Marxismus-Leninismus Formen der religiösen Selbstinszenierung. Der absolute Wahrheitsanspruch, das Versprechen der Erlösung in Form des Kommunismus, das Sanktionieren von Abweichungen oder die Pflege eines öffentlichen Kults sind Beispiele für religionsähnliche Elemente, die sich in der DDR fanden.<sup>18</sup> Dementsprechend wurde die Politik sakral überformt, sodass in totalitären Regimen wie der DDR durchaus von „politischen Religionen“ als säkularisierten Religionsersatz gesprochen werden kann.<sup>19</sup> Karl-Josef Schipperges bezeichnete diese Ideologien hingegen als „Anti-Religionen“, da keine säkularisierte Ideologie das tief in der Religion verwurzelte Mysterium zum hinter der physischen Welt Liegenden für sich beanspruchen könne. Die Religion sei gerade deshalb besonders resistent gegenüber politischen Ideologien und ihren vorgefertigten Weltvorstellungen.<sup>20</sup> Unabhängig davon, ob der Marxismus-Leninismus nun als „politische Religion“ oder „Anti-Religion“ betrachtet wird, ist für sein Verhältnis zu den Kirchen in der DDR in einem sich prinzipiell als atheistisch verstehenden Staat v. a. sein Status als Pseudoreligion von zentraler Bedeutung.

## 2.2 Die Glaubens- und Gewissensfreiheit in der DDR-Verfassung von 1949

Angesichts des Verhältnisses von Religion und Marxismus-Leninismus scheint es überraschend, dass die Glaubens- und Gewissensfreiheit in der DDR-Verfassung von 1949 verankert war und „die ungestörte Religionsausübung unter dem Schutz der Republik“<sup>21</sup> stand. Gesichert waren zudem das Recht auf Religionsunterricht und der Status von Religionsgemeinschaften als öffentliche Körperschaften. Lediglich die Klausel, dass „Einrichtungen von Religionsgemeinschaften, religiöse Handlungen und der Religionsunterricht [...] nicht für verfassungswidrige oder parteipolitische Zwecke mißbraucht werden“<sup>22</sup> dürften, lässt auf das tatsächliche Bild der Kirchen von Seiten der SED schließen: Sie wurden als politisch oppositionelle, aus dem Kapitalismus hervorgegangene Kraft wahrgenommen, die gegen die proletarische Revolution arbeitete.<sup>23</sup> Im Prinzip handelte es sich beim Zugeständnis der Glaubens- und Gewis-

16 Stegmann, Kirchen, S. 29; Raabe, SED-Staat, S. 25.

17 Raabe, SED-Staat, S. 25.

18 Gabriele Yonan, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Im Visier der Stasi. Jehovas Zeugen in der DDR, Niedersteinbach 2000, S. 9–14, hier S. 9–10.

19 Stegmann, Kirchen, S. 28.

20 Karl-Josef Schipperges, Zur Instrumentalisierung der Religion in modernen Herrschaftssystemen, in: Hans Maier (Hrsg.), Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs, Bd. 3, Paderborn u. a. 2003, S. 223–236, hier S. 235.

21 Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1949, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 1, 8.10.1949, S. 5–16, hier S. 9.

22 Ebd.

23 Stegmann, Kirchen, S. 29.

sensfreiheit daher nur um „ein Angebot des Staates bzw. der in diesem Staat dominierenden SED an die christliche Bevölkerung [...], am Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung aktiv mitzuwirken“<sup>24</sup>. Die Glaubensfreiheit wurde zwar versprochen, die Religion aber zugunsten des sozialistischen Aufbaus aus der Öffentlichkeit zurückgedrängt.<sup>25</sup>

### 2.3 Die DDR-Kirchenpolitik in der Zeit der Stalinisierung 1949–1953

Bei einer Volkszählung 1950 gaben 92,4 Prozent der DDR-Bevölkerung an, religiös gebunden zu sein. Dass das eine Bedrohung für die ideologische Monopolstellung des Marxismus-Leninismus darstellte, dürfte der SED bereits zu diesem Zeitpunkt klar gewesen sein.<sup>26</sup> Diese Erkenntnis äußerte sich v. a. im Konflikt zwischen Staat und Kirchen in Bezug auf Bildung und Jugend, der bereits vor der II. Parteikonferenz entflammt war. Schon im März 1951 wurde der Jungen Gemeinde z. B. in einem Bericht zur Tätigkeit der Kirchen in Sachsen-Anhalt vorgeworfen, Mitglieder der FDJ abzuwerben und diesen „imperialistische“ Einstellungen zu vermitteln.<sup>27</sup> Mit der Verkündung des sozialistischen Aufbaus und der damit einhergehenden gesellschaftlichen Verdrängung der Kirchen auf der II. Parteikonferenz rückte die Jugendarbeit erneut in den Fokus: In Folge der Konferenz wurde die Ausbildung einer „kommunistischen Persönlichkeit“ zum allgemeinen Bildungsziel erklärt und vermehrt für die FDJ als Ersatz für die Junge Gemeinde geworben.<sup>28</sup>

Doch nicht nur ihr Einfluss auf die Jugend, sondern auch die öffentliche Kritik der Kirchenleitungen am wirtschaftlichen und politischen Kurs der DDR war für die SED ein Störfaktor und wurde zum Anlass genommen, ein breites Maßnahmenpaket gegen die Kirchen zu schnüren.<sup>29</sup> So wurden etwa Geistliche oder kirchliche Angestellte vermehrt unter dem Vorwurf der Boykotttätigkeit verhaftet und verurteilt. Der Religionsunterricht wurde in den Hintergrund gedrängt, christliche Lehrkräfte und Oberschüler\*innen wurden teilweise der Schulen verwiesen. Finanzielle Zuschüsse vom Staat an die Kirchen wurden gekürzt und letztlich ausgesetzt.<sup>30</sup> Zudem sollte die Tätigkeit von Studentenfarrern an Hochschulen verboten werden. Das Verbot wurde zwar nie rechtswirksam, der Kampf gegen die Studentenfarrer äußerte sich aber durch Behinderung ihrer Arbeit oder Verhaftungen.<sup>31</sup> Unter diesen Maßnahmen besonders hervorzuheben ist die mediale Hetzkampagne gegen die Junge Gemeinde im Frühjahr 1953.<sup>32</sup>

24 Horst Dähn, *Evangelische Kirche und SED-Staat – ein Thema der westdeutschen historischen und sozialwissenschaftlichen DDR-Forschung vor 1989/90?*, in: ders./Joachim Heise (Hrsg.), *Staat und Kirchen in der DDR. Zum Stand der zeithistorischen und sozialwissenschaftlichen Forschung*, Frankfurt a. M. 2003, S. 29–44, hier S. 33.

25 Ebd., S. 33–34.

26 Falco Werkentin, *Der totale soziale Krieg. Auswirkungen der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* (2002), S. 23–54, hier S. 25.

27 Raabe, *SED-Staat*, S. 116–117.

28 Ebd., S. 115.

29 Erhart Neubert, *Die Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*, Berlin 1997, S. 70.

30 Stegmann, *Kirchen*, S. 33–34.

31 Dähn, *Parteikonferenz*, S. 62.

32 Wentker, *„Kirchenkampf“*, S. 111.

Obwohl sie bisweilen ihre Mitglieder angesichts dieser Behandlung zur Ruhe aufriefen und sich gegen eine Flucht in den Westen aussprachen,<sup>33</sup> hatten sich die Kirchen zwischen 1949 und 1953 bereits mehrfach gegen die Staatsdoktrin gestellt: Die Verdrängung des Religionsunterrichts, die „widerspruchslose Bejahung der Friedensdoktrin der Partei“ oder die Zwangskollektivierung landwirtschaftlicher Betriebe wurden von den Kirchen kritisiert.<sup>34</sup> Die Spannungen aufgrund dieser Konfliktpotentiale zwischen Staat und Kirchen entluden sich bis Mitte 1953, bevor der „Kirchenkampf“ schlagartig beendet wurde. Grund dafür war die Einberufung der SED-Führung in die Sowjetunion (UdSSR), deren neue Regierung von der DDR einen „Neuen Kurs“ forderte, da sie durch das weitere Forcieren des sozialistischen Aufbaus dort wachsende Instabilität befürchtete. Der „Neue Kurs“ wurde am 9. Juni 1953 vom Politbüro beschlossen.<sup>35</sup> Am 10. Juni wurden Vertreter der evangelischen Landeskirchen von der SED zu Verhandlungen empfangen. Am folgenden Tag erschienen im „ND“ deren Ergebnisse: Die Kampagne gegen die Junge Gemeinde sei zu beenden, die Verweise relegierter Christ\*innen von Schulen und Universitäten zu überprüfen, der Religionsunterricht wieder abzuhalten, Urteile gegen Geistliche zu revidieren, beschlagnahmte religiöse Einrichtungen wieder in kirchliche Hand zu übergeben und staatliche Zuschüsse auszuzahlen.<sup>36</sup>

Diese gesellschaftspolitischen Entwicklungen 1952/53 spiegelten sich auch in der zunehmenden Radikalisierung der antikirchlichen Argumentation in der Presse wider. Wurde den Kirchen anfangs noch politische Abstinenz oder Agententätigkeit unterstellt, zeichnete sich ab Frühjahr 1953 v. a. bezüglich der kirchlichen Jugendarbeit ein Wandel der SED-Strategie von einer Politik der Verdrängung hin zu einer Politik der Liquidierung der gesellschaftlichen Präsenz der Kirchen ab.<sup>37</sup> Ab diesem Zeitpunkt häuften sich im Presseorgan „ND“ Vorwürfe von Hetze, staatsfeindlicher Tätigkeit oder Verschwörung mit dem „Westen“. Diese antikirchlichen Argumentationslinien stehen im Mittelpunkt der folgenden Analyse.

### **3. Analyse: Antikirchliche Argumentationslinien im „Neuen Deutschland“**

In aller Kürze werden in diesem Abschnitt die Korpusgenese und die Methode vorgestellt, um die Transparenz des Forschungsprozesses zu gewährleisten. Anschließend folgt die Präsentation der Analyseergebnisse.

#### *3.1 Analysekorpus*

Die Grundlage der Analyse bildet ein Korpus aus 37 Pressebeiträgen im „ND“, die zwischen 12. Juli 1952 und 7. Juni 1953 veröffentlicht wurden. Digitalisate stehen über ZEFYS, das Zeitungsinformationssystem der Staatsbibliothek zu Berlin, zur Verfügung. Das

33 Stegmann, Kirchen, S. 34–35.

34 Ebd., S. 32.

35 Ebd., S. 35.

36 *Neues Deutschland*, 11.6.1953, S. 2.

37 Martin Georg Goerner, *Die Kirche als Problem der SED. Strukturen kommunistischer Herrschaftsausübung gegenüber der evangelischen Kirche 1945 bis 1958*, Berlin 1997, S. 83.

Korpus wurde durch eine komplexe Stichwortsuche erstellt. Die Suchbegriffe enthielten einerseits die allgemeinen Schlagwörter „Religion“, „Kirche“, „Christen“, „Junge Gemeinde“, „Priester“ und „Pfarrer“, andererseits auch die in den Protokollen des Politbüros genannten spezifischen Stichwörter „Tarnorganisation“, „Sabotage“ und „Hetze“. Bei dieser Vorgangsweise ist davon auszugehen, dass die Ergebnisse mit der Wahl anderer Stichwörter von den in dieser Arbeit präsentierten abweichen würden. Dies gilt es bei der Auswertung zu beachten. Nach einer Durchsicht der durch die Stichwortsuche gefundenen Beiträge wurde abgewogen, ob eine Aufnahme in das Korpus erfolgen sollte. Diese Entscheidung hing v. a. von der Thematisierung des Stichworts im Artikel ab: Wurde die Kirche z. B. nur in einem Nebensatz ohne Kontextualisierung genannt, hatte der Beitrag für die Analyse keinen Mehrwert und wurde nicht in das Korpus aufgenommen.

### 3.2 Methodik

Die Untersuchung orientiert sich an der qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring. Er beschrieb drei Analysetechniken, die zum Einsatz kommen sollen: Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung.<sup>38</sup> Für die vorliegende Untersuchung wurde zum einen die Technik der Zusammenfassung eingesetzt. Es ging darum, das Material „auf seine wesentlichen Bestandteile [zu] reduzieren, um zu Kernaussagen zu gelangen.“<sup>39</sup> Da die Arbeit aber angesichts ihres Anspruchs, Argumentationslinien aus den Presseberichten abzuleiten, verlangte, „bestimmte Aspekte heraus[zu]greifen“<sup>40</sup>, enthielt die Analyse zum anderen auch Merkmale der Strukturierung. Trotz Mischung beider Techniken blieb das Verfahren zur Kategorienbildung aufgrund des qualitativen Forschungsinteresses induktiv. Die Kategorienbildung basiert auf einem im Vorfeld festgelegten Selektionskriterium: Zu kodieren waren demzufolge alle Textstellen, die sich gegen Religion, die Kirchen, kirchliche Würdenträger oder kirchliche Organisationen richteten. Als Kodiereinheit wurde ein Wort gewählt, da sich eine antikirchliche Positionierung bereits in einem einzelnen Begriff zeigen kann (z. B. Bezeichnung als „Tarnorganisation“). Als Kontexteinheit wurde ein Absatz festgelegt. Insgesamt wurden 102 Textstellen im Material kodiert.

### 3.3 Präsentation der Ergebnisse

#### 3.3.1 Unpolitische Haltung

Insbesondere ab Mitte 1952 wurde die vermeintlich unpolitische Einstellung der Kirchen und Christ\*innen an 14 Stellen im „ND“ kritisiert. Bereits zu Zeiten der sowjetischen Besatzung waren die Kirchen um den Schutz ihrer politischen Neutralität besorgt gewesen und hatten Pfarrer und kirchliche Angestellte aufgerufen, sich möglichst nicht an Parteien und Komitees zu beteiligen oder sich zumindest nicht im Namen der Kirchen

38 Philipp Mayring, *Qualitative Inhaltsanalyse*, in: Günter Mey/Katja Mruck (Hrsg.), *Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie*, Wiesbaden 2010, S. 601–613, hier S. 602.

39 Ebd.

40 Ebd.

politisch zu engagieren.<sup>41</sup> Obgleich es Gemeindemitgliedern freigestellt war, als Privatperson politisch aktiv zu sein, wurde im Presseorgan „ND“ gezielt gegen eine religionsbedingte politische Abstinenz argumentiert. Dreimal wurde dabei explizit der Glaube als Auslöser von Gewissenskonflikten beschrieben, die Christ\*innen vom Mitwirken am sozialistischen Aufbau abhalten würden.<sup>42</sup> Außerdem wurde in der Presse die Auffassung ersichtlich, dass, „jeder, der da glaubt, er sei, unpolitisch“, [...] die Entwicklung<sup>43</sup> des sozialistischen Staates hemme und damit seine bürgerlichen Pflichten vernachlässige. Die SED sah aber nicht nur den sozialistischen Aufbau im Inneren durch eine vermeintlich religionsbedingte politische Abstinenz gefährdet, sondern übte infolge der Unterzeichnung des Generalvertrags im Mai 1952<sup>44</sup> auch am kirchlichen „Schweigen zur Politik der Bundesregierung“<sup>45</sup> scharfe Kritik, die sich im „ND“ widerspiegelte. So wurde z. B. ein offener Brief des westdeutschen Arbeitskreises katholischer Jugend veröffentlicht, der die Befürchtung nahelegte, dass sich gläubige Gegner\*innen der Adenauer-Politik „durch scheinbar religiöse Argumente zum Verzicht auf politische Einsicht veranlaßt“<sup>46</sup> gesehen hätten. Der Vorwurf der politischen Untätigkeit gipfelte in einem Artikel, der eine Verbindung zur Haltung der Kirchen in der NS-Zeit herstellte, in der sie „durch ihr Schweigen schuldig geworden“<sup>47</sup> wären. Dies spielte auf das weitläufige Bestreben der Kirchen an, politische Regime auszuhalten und zu überdauern; eine Strategie, die sich in der NS-Zeit herauskristallisiert hatte und sich vermehrt auch in der DDR zeigte.<sup>48</sup> Dass dem NS-Regime aufgrund dessen nicht genug Widerstand von Seiten der Kirchen entgegengebracht wurde<sup>49</sup> und die Aufarbeitung kirchlicher Sympathien für den Nationalsozialismus nach Kriegsende nur unzureichend stattfand,<sup>50</sup> wurde von der SED genutzt, um die Kirchen in ein schlechtes Licht zu rücken. An sieben Stellen wurde darüber hinaus ein direkter Appell an die Gläubigen zur politischen Positionierung gerichtet, wobei in drei Beiträgen<sup>51</sup> besonders die Rolle als „Kämpfer für den Frieden“<sup>52</sup> betont wurde. Außerdem wurden die Kirchen und Gläubigen angehalten, ihre gesell-

---

41 Goerner, Kirche, S. 55.

42 *Neues Deutschland*, 12.7.1952, S. 6; *Neues Deutschland*, 16.8.1952, S. 3; *Neues Deutschland*, 2.10.1952, S. 5.

43 *Neues Deutschland*, 18.10.1952, S. 2.

44 Der II. Parteikonferenz vorangegangen war die Unterzeichnung des „Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den drei Mächten [USA, Vereinigtes Königreich und Frankreich]“ am 26. Mai 1952 – auch Generalvertrag, Deutschlandvertrag oder im DDR-Sprachgebrauch „Generalkriegsvertrag“ genannt –, der die Besetzung in Westdeutschland beendete und die Souveränität der Bundesrepublik einläutete. Dieser Vertrag und die Eingliederung Westdeutschlands in die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) sollten die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland und eine deutsche Beteiligung an der Verteidigung des europäischen Westens gegen die UdSSR vor dem Hintergrund des beginnenden Kalten Krieges sichern. Siehe dazu: Raabe, SED-Staat, S. 121.

45 Martin Onnasch, Konflikt und Kompromiß. Die Haltung der evangelischen Kirchen zu den gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR am Anfang der fünfziger Jahre, in: *Kirchliche Zeitgeschichte* 3 (1990), Heft 1, S. 152–165, hier S. 160.

46 *Neues Deutschland*, 20.8.1952, S. 3.

47 *Neues Deutschland*, 1.11.1952, S. 3.

48 Stegmann, Kirchen, S. 34.

49 Dähn, Konfrontation, S. 25.

50 Stegmann, Kirchen, S. 19–20.

51 *Neues Deutschland*, 17.8.1952, S. 2; *Neues Deutschland*, 17.10.1952, S. 2; *Neues Deutschland*, 19.10.1952, S. 2.

52 Der „Kampf für den Frieden“ wurde gleichzeitig als „Kampf für den Sozialismus“ verstanden und referiert hier auf den als „Generalkriegsvertrag“ bezeichneten Deutschlandvertrag.

schaftliche Pflicht zu erfüllen,<sup>53</sup> „für die Verwirklichung der sowjetischen Vorschläge“<sup>54</sup> einzutreten und sich als „Gegner des imperialistischen Krieges“<sup>55</sup> zu präsentieren.

### 3.3.2 Spaltung der Jugend

An zwei Stellen wurde den Kirchen eine äußere „Spaltung der Jugendlichen in christliche und nichtchristliche Jugend“<sup>56</sup> vorgeworfen. Den christlichen Jugendlichen sei demzufolge von reaktionären Kirchenführern verweigert worden, „wie die übrige Jugend“ Frieden und Fortschritt zu finden.<sup>57</sup> Dies war ein gängiges Argumentationsmuster der SED, die bereits 1951 mit mäßigem Erfolg versucht hatte, christliche Jugendliche für die FDJ zu gewinnen. Im Zuge der Stalinisierung ab Frühjahr 1952 erhielt dieses Ziel wieder Aufschwung, wurde doch die kirchliche Jugendarbeit als Störfaktor bei der remilitarisierenden Indoktrination der Jugend und die FDJ als „SED-Kaderreserve“ betrachtet.<sup>58</sup> Zwei weitere Textstellen erhoben den Vorwurf gegenüber den Kirchen, eine „Zersetzung“ innerhalb der christlichen Jugend in „moralischer und politischer Hinsicht“<sup>59</sup> hervorzurufen. Wie diese innere Spaltung sich gestaltet hätte, wurde aber nicht spezifiziert. Angesichts dessen, dass die kirchliche Jugendarbeit in der antikirchlichen Kampagne der SED zum Hauptkampffeld auserkoren worden war,<sup>60</sup> überrascht die geringe Anzahl an Pressebeiträgen, die eine Spaltung der Jugend anprangerten. Es ist auf Basis der bisherigen Forschung aber davon auszugehen, dass sich die mediale Diffamierung der kirchlichen Jugendarbeit in anderen, teils radikaleren Argumenten äußerte.

### 3.3.3 Amtsmissbrauch

Der Vorwurf des Amtsmissbrauchs wurde an fünf Stellen erhoben. Otto Dibelius, von 1945 bis 1966 Bischof von Berlin-Brandenburg, hätte sich beispielsweise „unter Mißbrauch seines hohen Kirchenamtes auf einer Tagung des Weltkirchenrates in Denver“<sup>61</sup> [...] unseren nationalen Interessen einen schlechten Dienst erwiesen und sich außerhalb der Gemeinschaft aller aufrechten Deutschen gestellt“<sup>62</sup>. Hierin zeigte sich ein typischer Argumentationstopos der SED in Kirchenfragen: Kirchenleiter und Amtsträger wie Dibelius wurden als politische Faktoren betrachtet und mit den entsprechenden Mitteln bekämpft, während die breite Masse in ihrer Glaubens- und Gewissensfreiheit möglichst wenig beeinträchtigt werden sollte.<sup>63</sup> Auch Würdenträgern im Westen wurde

53 *Neues Deutschland*, 2.10.1952, S. 5.

54 *Neues Deutschland*, 3.9.1952, S. 3.

55 *Neues Deutschland*, 17.10.1952, S. 2.

56 *Neues Deutschland*, 16.8.1952, S. 3.

57 *Neues Deutschland*, 29.3.1953, S. 3.

58 Goerner, Kirche, S. 92.

59 *Neues Deutschland*, 17.5.1953, S. 2.

60 Goerner, Kirche, S. 92.

61 Auf Dibelius' Rede vor dem Weltkirchentag in Denver 1952 wurde im „ND“ mehrfach referiert. So hätte er darin die Differenzierung zwischen Ost und West, das Verbot gesamtdeutscher kirchlicher Veranstaltungen oder Verurteilungen kirchlicher Würdenträger durch die DDR kritisiert. Dibelius selbst betonte aber nicht nur die Tötigung dieser Aussagen, sondern auch überhaupt vor dem Weltkirchenrat gesprochen zu haben. Siehe dazu: EKD (Hrsg.), Protokolle, S. 52.

62 *Neues Deutschland*, 16.12.1952, S. 2.

63 Onnasch, Konflikt, S. 154.

Amtsmissbrauch angelastet. So hätte der vormalige Oberkirchenrat Hermann Ehlers die Werbetrommel für den „Generalkriegsvertrag“ gerührt<sup>64</sup> und der hannoversche Bischof Hans Lilje den „Mißbrauch des Christentums für eine Politik, welche unser deutsches Volk in den Wahnsinn eines neuen Krieges und in millionenfaches Elend und Leid bringen muß“<sup>65</sup>, propagiert. Die Diffamierung kirchlicher Autoritätsfiguren diene letztlich dem Ziel, „das Vertrauen, das die Adressaten der fachlichen Kompetenz und/oder der Aufrichtigkeit dieser anderen Sender“<sup>66</sup>, also den Kirchen, entgegenbrachten, zu untergraben.

### 3.3.4 Missbrauch jugendlicher Christ\*innen

Im Frühjahr 1953 häuften sich im Presseorgan „ND“ auch Angriffe auf die Diakonie, namentlich die Pfeifferschen Stiftungen in Magdeburg-Cracau und die Neinstedter Anstalten, die sich v. a. der Betreuung geistig eingeschränkter Personen widmeten. Angriffsfläche boten dabei nicht nur NS-belastete Angestellte,<sup>67</sup> sondern auch die dort betreuten christlichen Jugendlichen, die laut Presseberichten von den Mitarbeitenden misshandelt worden seien. Dieser Missbrauchsvorwurf wurde an 15 Stellen erhoben, wobei die körperliche Misshandlung Jugendlicher mit acht Stellen das Gros ausmachte. Dazu zählten z. B. Berichte über die Zustände in diakonischen Einrichtungen, die nach Vorwürfen der „unmenschliche[n] Behandlung Jugendlicher“, z. B. aufgrund der Bestrafung durch „schwere körperliche Arbeit“<sup>68</sup>, in staatliche Hand übergeben wurden. In den Neinstedter Anstalten hätte ein Geistlicher die Pfleglinge „wegen ihrer fortschrittlichen Einstellung unmenschlich [ge]quält“<sup>69</sup>, wobei „fortschrittliche Einstellung“ Sozialismus und Stalinismus meinte. Die diakonischen Einrichtungen räumten selbst ein, dass körperliche Züchtigungen von Seiten ihrer Angestellten trotz Verbots auftraten. Während das Aufdecken dieser Verfehlungen prinzipiell zu begrüßen ist, ist davon auszugehen, dass es der SED weniger um eine Verbesserung der Zustände, sondern vielmehr um eine Machtdemonstration bzw. öffentliche Diskreditierung ging. Die angeprangerten Misshandlungen wurden also politisch instrumentalisiert. Ebenso instrumentalisiert wurde der Vorwurf der psychischen Misshandlung Jugendlicher, der an drei Stellen geäußert wurde und wiederum auf die Behandlung in kirchlichen Stiftungen referierte. Die Jugendlichen seien dort etwa durch „auf ihre körperlichen Gebrechen zugespitzte Schimpfworte erniedrigt“ und „regelrechten Terror eingeschüchtert“<sup>70</sup> worden. Darüber hinaus wurde der Jungen Gemeinde an vier Stellen vorgeworfen, den Glauben Jugendlicher zu politischen Zwecken zu „missbrauchen“, um sie etwa zur Verbreitung von Hetzschriften und zu staatsfeindlichen Handlungen anzustiften.<sup>71</sup>

64 *Neues Deutschland*, 2.9.1952, S. 2.

65 *Neues Deutschland*, 7.6.1953, S. 3.

66 Dagfinn Føllesdal/Lars Walløe/Jon Elster, *Rationale Argumentation. Ein Grundkurs in Argumentations- und Wissenschaftstheorie*, Berlin-New York 1988, S. 14.

67 Jochen-Christoph Kaiser, *Evangelische Kirche und sozialer Staat. Diakonie im 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2008, S. 260.

68 *Neues Deutschland*, 31.3.1953, S. 3.

69 *Neues Deutschland*, 24.4.1953, S. 3.

70 *Neues Deutschland*, 31.3.1953, S. 3.

71 *Neues Deutschland*, 28.4.1953, S. 3; *Neues Deutschland*, 30.4.1953, S. 1.

### 3.3.5 Betreiben von Hetze

Zahlreiche kirchliche Bedienstete und Würdenträger wurden 1952/53 wegen „Boykott-hetze“ zu langen Zuchthausstrafen verurteilt. Mangels einer genauen Straftatbestandsdefinition konnte im Prinzip jedes unliebsame politische Verhalten nach diesem Artikel verfolgt werden, so auch kritische Aussagen von Seiten der Kirchen. 13-mal wurde im „ND“ der Vorwurf der Hetze erhoben, wobei an fünf Stellen explizit von Kriegshetze gesprochen wurde. „Zu der kriegshetzerischen Tätigkeit unter kirchlichem Deckmantel, wie sie von Leitern der sogenannten ‚Jungen Gemeinde‘ sowie einigen Geistlichen“ betrieben worden sei, nahm etwa der Generalsekretär der Ost-CDU Gerald Götting in einem Beitrag Stellung.<sup>72</sup> Dies entsprach dem Beschluss des Politbüros vom 27. Januar 1953 zur „Entlarvung der Jungen Gemeinde in der Öffentlichkeit als einer Tarnorganisation für Kriegshetze, Sabotage und Spionage“. Darin wurde u. a. vorgeschrieben, dass auch Stellungnahmen der Ost-CDU gegen die Junge Gemeinde in der Presse zu veröffentlichen seien.<sup>73</sup> Dass v. a. der kirchliche Einfluss auf die Jugend mit dem Vorwurf der Kriegshetze angegriffen werden sollte, zeigten Beiträge, in denen z. B. der Verweis von Oberschüler\*innen gefordert wurde, „die andere Jugendliche zur kriegshetzerischen Tätigkeit“<sup>74</sup> verleitet hätten, oder einem Studentenpfarrer unterstellt wurde, „Kriegshetze zu betreiben“<sup>75</sup>. Etwaiger Kritik an der Kampagne gegen die Junge Gemeinde wurde ebenfalls mit dem Argument der Hetze begegnet: „Was hat die Verhaftung einiger Kriegshetzer, die sich zur Tarnung ein religiöses Mäntelchen umhängen, mit Kirchenkampf zu tun? Natürlich nichts.“<sup>76</sup> Fünf weitere Textstellen lassen sich als Hetze gegen die DDR und ihre Einrichtungen beschreiben. So wurde von Hetze unter „dem Deckmantel des Christentums“<sup>77</sup> und „systematische[r] Propaganda gegen die demokratische Ordnung unserer Republik“<sup>78</sup> gesprochen. An drei Stellen verblieb das „ND“ ohne nähere Spezifizierung der den Kirchen unterstellten Hetze.<sup>79</sup>

### 3.3.6 Staatsfeindliche Tätigkeiten

Weil die „Produktion von Staatsfeinden“ eine der Hauptstrategien des sozialen Krieges gegen die eigene Bevölkerung in der Zeit nach der II. Parteikonferenz in der DDR war,<sup>80</sup> dürfte es wenig überraschen, dass der Vorwurf staatsfeindlicher Tätigkeiten gegenüber den Kirchen mit 22 Fundstellen im „ND“ am häufigsten vertreten war. Zwölfmal wurde ihnen bzw. ihren Vertreter\*innen unterstellt, Feinde der DDR oder der Staatsdoktrin zu sein. Hauptziel dieser Argumentation war wiederum die Junge Gemeinde, der „unverhüllt gegen den Frieden und die staatliche Ordnung gerichtetes“<sup>81</sup> und

72 *Neues Deutschland*, 29.3.1953, S. 3.

73 Auszug aus dem Protokoll Nr. 5/53 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED am 27.1.1953, in: Hartweg (Hrsg.), SED, S. 88–89.

74 *Neues Deutschland*, 5.12.1952, S. 5.

75 *Neues Deutschland*, 24.4.1953, S. 3.

76 *Neues Deutschland*, 30.4.1953, S. 1.

77 *Neues Deutschland*, 24.4.1953, S. 3.

78 *Neues Deutschland*, 17.5.1953, S. 2.

79 *Neues Deutschland*, 2.9.1952, S. 2; *Neues Deutschland*, 28.4.1953, S. 3; *Neues Deutschland*, 5.6.1953, S. 3.

80 Werkentin, Krieg, S. 23.

81 *Neues Deutschland*, 15.3.1953, S. 3.

„republikfeindliche[s] Auftreten“<sup>82</sup> angelastet wurde. Zudem hätten die Gruppierungen der Jungen Gemeinde als „Widerstandszentren gegen die neue demokratische Ordnung“<sup>83</sup> und „Deckmantel und Basis für ihre feindlichen Handlungen gegen die Deutsche Demokratische Republik“<sup>84</sup> fungiert. Innerhalb der Kirchen hätten sich darüber hinaus „reaktionäre [...] Kräfte“<sup>85</sup> befunden, die versucht hätten, „die feindlichen Kräfte zu unterstützen“<sup>86</sup>. Nur einmal wurde in diesem Zusammenhang explizit der Vorwurf des Verrats erhoben, wiederum gegen Bischof Dibelius.<sup>87</sup> Weiters hätten die Kirchen neun Textstellen zufolge „unter dem Talar der Geistlichen“<sup>88</sup> Spionage und Sabotage betrieben. Der „christlich getarnte Spion Johannes Althausen“ hätte z. B. die Junge Gemeinde und die Evangelische Studentengemeinde infiltriert.<sup>89</sup> Auch an Oberschulen hätten Agent\*innen unter dem Namen der Jungen Gemeinde gegen die DDR agiert.<sup>90</sup>

### 3.3.7 Verbindungen zum „Westen“

Dieser Kategorie wurden zwanzig Stellen zugeordnet. Fünf davon erhoben die Anklage gegen die Kirchen, „westliche“ Politik zu unterstützen und dabei „Stützen des Adenauer-Regimes“<sup>91</sup> zu sein. Neben der Kritik an den Kirchen, „das Adenauer-Regime des nationalen Verrats“<sup>92</sup> zu befürworten, war auch hier Dibelius Ziel der Diffamierung: Er hätte geholfen, „die Geschäfte der amerikanischen Kriegstreiber [zu] besorgen“ und wäre so „zum Anwalt der Politik eines Dr. Adenauer und der amerikanischen Rüstungsindustriellen“<sup>93</sup> geworden. Weiters wurde an zehn Stellen der Vorwurf gegen die Kirchen erhoben, Verbindungen in den Westen zu pflegen. Sie hätten sich „in den Dienst der amerikanischen Okkupanten“<sup>94</sup> gestellt, sich „für die Ideologie des Westens [...] ‚reklamieren‘ lassen“<sup>95</sup> und auf Anweisung „von den amerikanischen und Bonner Kriegstreibern“<sup>96</sup> agiert. Die Junge Gemeinde hätte „laufend umfangreiche Sendungen [...] aus den USA, Schweden und Dänemark“<sup>97</sup> und auch die Pfeifferschen Stiftungen hätten täglich „Postsendungen aus Westdeutschland“ erhalten, die antisowjetische Lieder und faschistische Texte enthalten hätten.<sup>98</sup> In Zusammenhang damit wurde den Kirchen fünfmal die Unterstützung faschistischer Ideologien vorgeworfen. Der Antifaschismus war ein besonders beliebter Topos der SED-Propaganda. Er diente einerseits der eigenen Legitimation, indem Entnazifizierung und die NS-Verfolgung von

82 *Neues Deutschland*, 11.4.1953, S. 3.

83 *Neues Deutschland*, 29.3.1953, S. 3.

84 *Neues Deutschland*, 17.5.1953, S. 2.

85 *Neues Deutschland*, 31.7.1952, S. 5.

86 *Neues Deutschland*, 31.5.1953, S. 3.

87 *Neues Deutschland*, 16.12.1952, S. 2.

88 *Neues Deutschland*, 17.5.1953, S. 2.

89 *Neues Deutschland*, 24.4.1953, S. 3; *Neues Deutschland*, 28.4.1953, S. 3.

90 *Neues Deutschland*, 5.12.1952, S. 2.

91 *Neues Deutschland*, 8.2.1953, S. 5; *Neues Deutschland*, 15.4.1953, S. 1.

92 *Neues Deutschland*, 30.4.1953, S. 1.

93 *Neues Deutschland*, 16.12.1952, S. 2.

94 *Neues Deutschland*, 15.11.1952, S. 2.

95 *Neues Deutschland*, 7.6.1953, S. 3.

96 *Neues Deutschland*, 28.4.1953, S. 3.

97 *Neues Deutschland*, 15.3.1953, S. 3.

98 *Neues Deutschland*, 31.3.1953, S. 3.

Kommunist\*innen betont wurden, andererseits erfreute sich die Unterstellung, in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) würde der Faschismus ungebrochen weiter bestehen, großer Beliebtheit.<sup>99</sup> Im „ND“ wurden den Kirchen „Verbindungen zu faschistischen Gruppen in Westdeutschland und Westberlin“<sup>100</sup>, die Verbreitung „faschistische[r] Literatur“<sup>101</sup> oder die Unterstützung des als feindlich betrachteten „faschistische[n] ‚BDJ‘“<sup>102</sup> angelastet.

### 3.3.8 Verbrechen kirchlicher Würdenträger

An vier Stellen griff das „ND“ auf die Strategie zurück, Verbrechen oder Verurteilungen kirchlicher Amtsträger zu beschreiben und so die Leserschaft vom Verhalten „schwarzer Schafe“ auf die Kirchen in ihrer Gesamtheit schließen zu lassen. Ob diese Urteile gerechtfertigt waren, lässt sich nicht sagen, ist für die Beschreibung des Argumentationsmusters aber nebensächlich. Erwähnt wurden im „ND“ die Misshandlung sowjetischer Kriegsgefangener im Zweiten Weltkrieg und Diebstahl von Kunstgegenständen,<sup>103</sup> ebenso wie körperliche Gewalt oder antikommunistische Hetze.<sup>104</sup> Obwohl abgestritten wurde, dass die Würdenträger aufgrund ihrer religiösen Tätigkeit verurteilt wurden, vermittelten die Artikel, dass die Verurteilten als „Schwerverbrecher“<sup>105</sup> zu verstehen seien, die „die Kirche als Schild“<sup>106</sup> benutzt hätten.

### 3.3.9 Historische Kirchenkritik

An fünf Stellen wurde mit historischer Kirchenkritik argumentiert. Obwohl es sich dabei um dezidiert historische Artikel handelte, zeigte die Wahl der Themen politisches Kalkül: Wie bereits angeschnitten wurde, war der Antifaschismus die entscheidende Gründungserzählung der DDR. Diese unterlag einer starken Mythisierung. Die Wurzeln des Antifaschismus verortete die SED in der Reformation ab 1517 und in den sogenannten „Bauernkriegen“ um 1525. Martin Luther und Thomas Müntzer wurden entsprechend zu zentralen Figuren des DDR-Gründungsmythos.<sup>107</sup> Insbesondere das Narrativ der sogenannten „Bauernkriege“ rund um Müntzer entsprach in der sich als revolutionären Staat begreifenden DDR „den Versprechungen und Erwartungen auf eine auf Gleichheit und Volksherrschaft beruhende Gesellschaft“<sup>108</sup>. Die revolutionären Akte dieser und weiterer historischer Persönlichkeiten standen auch im Mittelpunkt der im

99 Markus Würz, „Antifaschismus“ als Legitimation, in: Lebendiges Museum Online, 29.2.2016, <http://www.hdg.de/lemo/kapitel/geteiltes-deutschland-gruenderjahre/weg-nach-osten/antifaschismus-als-legitimation.html>, eingesehen 14.4.2022.

100 *Neues Deutschland*, 5.12.1952, S. 5.

101 *Neues Deutschland*, 10.4.1953, S. 3.

102 *Neues Deutschland*, 28.4.1953, S. 3. Der Bund Deutscher Jugend (BDJ) war ein 1950 gegründeter, antikommunistischer Jugendverband in der BRD. Er fungierte im Geheimen als paramilitärische „Stay-behind-Organisation“ der USA in Voraussicht auf mögliche sowjetische Angriffe. 1953 wurde er deshalb verboten. Siehe dazu: Michael Wala, Stay-behind operations, former members of SS and Wehrmacht, and American intelligence services in early Cold War Germany, in: *Journal of Intelligence History* 15 (2016), Heft 2, S. 71–79.

103 *Neues Deutschland*, 15.11.1952, S. 2.

104 *Neues Deutschland*, 11.4.1953, S. 3.

105 *Neues Deutschland*, 15.11.1952, S. 2.

106 *Neues Deutschland*, 5.6.1953, S. 3.

107 Raina Zimmering, Mythen in der Politik der DDR. Ein Beitrag zur Erforschung politischer Mythen, Opladen 2000, S. 169.

108 Ebd.

Presseorgan „ND“ präsentierten Kirchenkritik. Während die Kirche darin als „Bollwerk der mittelalterlichen Feudalität“<sup>109</sup> sowie Institution des Terrors gegen die „großen materialistischen Philosophen“<sup>110</sup> und die Geistlichen selbst als „Landplage“<sup>111</sup> beschrieben wurden, wurde die Abwendung von der römisch-katholischen Kirche durch Luthers Thesenanschlag<sup>112</sup> oder Kopernikus’ „Emanzipation der Naturforschung von der Theologie“ jeweils als „revolutionärer Akt“<sup>113</sup> präsentiert. Die Kirchen, wenngleich auch in den 1950er-Jahren noch feudal strukturierte Institutionen und daher nicht ohne Grund dieser Kritik ausgesetzt, wurden als Gegnerschaft zu diesen historischen Bedeutungsträgern präsentiert, die als Teil eines deutschen Ursprungsmythos zur „Integration der Gesellschaft“ und zur „Legitimation der Herrschenden“ in der SED-Propaganda politisch instrumentalisiert wurden.<sup>114</sup>

#### 4. Fazit

„Insbesondere wurden ernste Fehler in bezug [sic!] auf die Geistlichen begangen, die in einer Unterschätzung des Einflusses der Kirche unter den breiten Massen der Bevölkerung, in groben Administrierungsmaßnahmen und Repressalien ihren Ausdruck fanden.“<sup>115</sup>

Mit dieser Feststellung aus Moskau im Juni 1953 fand die antikirchliche Kampagne der SED, deren mediale Auswüchse hier präsentiert wurden, ein jähes Ende. Wie gezeigt wurde, präsentierte die DDR-Führung verschiedenste Argumentationslinien gegen die Kirchen, ihre Mitglieder, Würdenträger und Organisationen in ihrem zentralen Presseorgan, um die Verdrängung der Religion aus der gesellschaftlichen Mitte zugunsten des sozialistischen Aufbaus öffentlichkeitswirksam zu propagieren. Die im „ND“ erhobenen Vorwürfe entsprachen dabei in ihrem Wesen der typischen SED-Propaganda: In einer Art Verhaltensprojektion wurden politische Gegner\*innen der Anwendung eben jener Taktiken und Techniken bezichtigt, die eigentlich die SED selbst nutzte. Durch die Unterstellung, die Kirchen hätten staatsfeindlich agiert, die Jugend indoktriniert, Hetze betrieben und somit den „Klassenkampf“ verschärft, konnte die SED, von der die Agitation ursprünglich ausgegangen war, sie aus einer defensiven Position heraus bekämpfen.<sup>116</sup>

Obwohl die Kirchen durch die Intervention der UdSSR nach 1953 in der DDR weitgehende Autonomie behielten, muss aufgrund der Radikalität der im Presseorgan „ND“ präsentierten Argumente die eingangs formulierte These, wonach die mediale Agitation vergleichsweise mild verlief, als widerlegt betrachtet werden. Es stellt sich die

109 *Neues Deutschland*, 31.1.1953, S. 3.

110 *Neues Deutschland*, 23.5.1953, S. 4.

111 *Neues Deutschland*, 27.5.1953, S. 3.

112 *Neues Deutschland*, 31.1.1953, S. 3.

113 *Neues Deutschland*, 23.5.1953, S. 4.

114 Zimmering, *Mythen*, S. 170.

115 Verfügung des Ministerrats der UdSSR vom 2. Juni 1953, „Über die Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik“, in: Wilfriede Otto, *Die SED im Juni 1953. Interne Dokumente*, Berlin 20133, S. 38–56, hier S. 38–39.

116 Goerner, *Kirche*, S. 94–95.

Frage, inwieweit sich die Radikalität der Argumentation z. B. in der „Neuen Zeit“, dem Organ der Ost-CDU, aufgrund der kirchenpolitisch komplizierten Stellung der Blockpartei, im Vergleich zu jener im „ND“ äußerte. Dies könnte Gegenstand weiterführender Untersuchungen sein. Es ist allerdings davon auszugehen, dass sich die antikirchlichen Argumentationslinien aufgrund der Pressezensur inhaltlich nur marginal voneinander unterscheiden würden.

Wie lassen sich diese Argumentationen nun in einem Staat mit verfassungsrechtlich garantierter Glaubens- und Gewissensfreiheit verorten? Wenig befriedigend muss aufgrund der Radikalität der antikirchlichen Agitation und der kirchenpolitischen Maßnahmen festgestellt werden, dass die Religionsfreiheit, wie viele Menschenrechte, in den vierzig Jahren des Bestehens der DDR lediglich zugesichert wurde, um den Schein eines Rechtsstaates zu wahren. In der Praxis war sie jedoch v. a. in diesem „Kirchenkampf“ von Juli 1952 bis Juni 1953 de facto ausgesetzt. Es ist allerdings aufgrund der herausgearbeiteten Argumentationslinien anzumerken, dass das Ziel der medialen Agitation im Presseorgan „ND“ nicht der Glaube christlicher Individuen, sondern vielmehr die Verdrängung – wenn nicht gar die Zerschlagung – der als politische Störfaktoren betrachteten kirchlichen Institutionen, Organisationen und Führungspersönlichkeiten zugunsten des sozialistischen Aufbaus war.

## 5. Quellen

Auszug aus dem Protokoll Nr. 5/53 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED am 27.1.1953, in: Frédéric Hartweg (Hrsg.), *SED und Kirche. Eine Dokumentation ihrer Beziehungen*, Bd. 1, bearbeitet von Joachim Heise, Neukirchen-Vluyn 1995, S. 88–91.

Beschluß der II. Parteikonferenz, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.), *Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*, Bd. IV, Berlin (Ost) 1954, S. 70–78.

EKD – Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, *Die Protokolle des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland*, Bd. 7: 1953, bearbeitet von Dagmar Pöpping und Peter Beier, Göttingen 2009.

*Junge Welt*, 1.4.1953.

Marx, Karl, *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung*, in: Institut für Marxismus-Leninismus (Hrsg.), *Marx-Engels-Werke (MEW)*, Bd. 1, Berlin (Ost) 1976, S. 378–391, hier S. 391.

*Neues Deutschland*, 12.7.1952–11.6.1953.

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1949, in: *Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik*, Teil I, Nr. 1, 8.10.1949, S. 5–16.

Verfügung des Ministerrats der UdSSR vom 2. Juni 1953, „Über die Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik“, in: Wilfriede Otto, *Die SED im Juni 1953. Interne Dokumente*, Berlin 2013, S. 38–56.

## 6. Literatur

Buhr, Manfred/Kosing, Alfred, Atheismus, in: dies. (Hrsg.), *Kleines Wörterbuch der Marxistisch-Leninistischen Philosophie*, Berlin (Ost) 1979<sup>d</sup>.

Dähn, Horst, *Konfrontation oder Kooperation? Das Verhältnis von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945–1980*, Opladen 1982.

Ders., Die 2. Parteikonferenz der SED und die Kirchenpolitik der Partei (1952/53), in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* (2002), S. 55–83.

Ders., Evangelische Kirche und SED-Staat – ein Thema der westdeutschen historischen und sozialwissenschaftlichen DDR-Forschung vor 1989/90?, in: ders./Joachim Heise (Hrsg.), *Staat und Kirchen in der DDR. Zum Stand der zeithistorischen und sozialwissenschaftlichen Forschung*, Frankfurt a. M. 2003, S. 29–44.

Føllesdal, Dagfinn/Walløe, Lars/Elster, Jon, *Rationale Argumentation. Ein Grundkurs in Argumentations- und Wissenschaftstheorie*, Berlin-New York 1988.

Goeckel, Robert, *Die evangelische Kirche und die DDR. Konflikte, Gespräche, Vereinbarungen unter Ulbricht und Honecker*, Leipzig 1995.

Goerner, Martin Georg, *Die Kirche als Problem der SED. Strukturen kommunistischer Herrschaftsausübung gegenüber der evangelischen Kirche 1945 bis 1958*, Berlin 1997.

Hartweg, Frédéric (Hrsg.), *SED und Kirche. Eine Dokumentation ihrer Beziehungen*, Bd. 1, bearbeitet von Joachim Heise, Neukirchen-Vluyn 1995.

Hörz, Herbert, Wissenschaftsphilosophie in der DDR. Versuch einer kritischen Betrachtung, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 39 (1991), Heft 1, S. 59–70.

Kaiser, Jochen-Christoph, *Evangelische Kirche und sozialer Staat. Diakonie im 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2008.

Mayring, Philipp, Qualitative Inhaltsanalyse, in: Günter Mey/Katja Mruck (Hrsg.), *Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie*, Wiesbaden 2010, S. 601–613.

Neubert, Erhart, *Die Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*, Berlin 1997.

Onnasch, Martin, Konflikt und Kompromiß. Die Haltung der evangelischen Kirchen zu den gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR am Anfang der fünfziger Jahre, in: *Kirchliche Zeitgeschichte* 3 (1990), Heft 1, S. 152–165.

Raabe, Thomas, *SED-Staat und katholische Kirche. Politische Beziehungen 1949–1961*, Paderborn u. a. 1995.

Schipperges, Karl-Josef, Zur Instrumentalisierung der Religion in modernen Herrschaftssystemen, in: Hans Maier (Hrsg.), *Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs*, Bd. 3, Paderborn u. a. 2003, S. 223–236.

Schröter, Ulrich, Review: SED und Kirche, in: *Theologische Rundschau* 61 (1996), S. 465–471.

Stegmann, Andreas, *Die Kirchen in der DDR. Von der sowjetischen Besatzung bis zur Friedlichen Revolution*, München 2021.

Wala, Michael, Stay-behind operations, former members of SS and Wehrmacht, and American intelligence services in early Cold War Germany, in: *Journal of Intelligence History* 15 (2016), Heft 2, S. 71–79.

Wentker, Hermann, „Kirchenkampf“ in der DDR. Der Konflikt um die Junge Gemeinde 1950–1953, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 42 (1994), Heft 2, S. 95–127.

Werkentin, Falco, Der totale soziale Krieg. Auswirkungen der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* (2002), S. 23–54.

Würz, Markus, „Antifaschismus“ als Legitimation, in: *Lebendiges Museum Online*, 29.2.2016, <http://www.hdg.de/lemo/kapitel/geteiltes-deutschland-gruenderjahre/weg-nach-osten/antifaschismus-als-legitimation.html>, eingesehen 14.4.2022.

Yonan, Gabriele, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), *Im Visier der Stasi. Jehovas Zeugen in der DDR*, Niedersteinbach 2000, S. 9–14.

Zimmering, Raina, *Mythen in der Politik der DDR. Ein Beitrag zur Erforschung politischer Mythen*, Opladen 2000.

**Julia Danler** ist Lehramtsstudentin der Fächer Deutsch und Geschichte, Sozialkunde/ Politische Bildung an der Universität Innsbruck. [Julia.Danler@student.uibk.ac.at](mailto:Julia.Danler@student.uibk.ac.at)

### **Zitation dieses Beitrages**

Julia Danler, „Kriegshetze, Sabotage und Spionage“. Eine Analyse der antikirchlichen Argumentationslinien im SED-Pressorgan „Neues Deutschland“ während des „Aufbaus des Sozialismus“ 1952/53, in: *historia.scribere* 15 (2023), S. 205–221, <http://historia.scribere.at>, eingesehen 13.6.2023 (=aktuelles Datum).